

Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über die Katastrophenhilfe

Gestützt auf Art. 39 des Gesetzes über die Katastrophenhilfe

Von der Regierung beschlossen am 12. Dezember 2000

I. Zuständigkeiten

Art. 1

Das Departement

Departement

- a) bietet die Zivilschutzorganisationen auf zur Katastrophen- und Nothilfe für Einsätze auf Kantonsgebiet, in anderen Kantonen und im grenznahen Ausland;
- b) stellt Gesuche um Hilfeleistung durch die Armee;
- c) setzt die Höhe der Ersatzbeiträge für die verschiedenen Schutzraumgrössen fest;
- d) bestimmt die Zusammensetzung der anerkannten Ausbildungskosten und legt die den Gemeinden zu verrechnenden Beträge fest.

Art. 2

Das Amt für Zivilschutz und Katastrophenhilfe hat alle Aufgaben wahrzunehmen und Entscheide zu treffen, für die nach dem Recht des Bundes oder des Kantons keine andere Instanz zuständig ist.

Amt

II. Kantonale Leitungsorganisation

Art. 3

Der Stabschef führt den Kantonalen Führungsstab und bildet die Stäbe aus. Er kann dem Kantonalen Führungsstab Dienstpersonal zuteilen.

Stabschef,
Aufgaben

III. Zivilschutz

Art. 4

Die Gemeinden bezeichnen einen Beauftragten für den baulichen Zivilschutz, der die Baukontrollen und die Schlussabnahmen der privaten Schutzräume durchführt.

Beauftragter
für den
baulichen
Zivilschutz

Art. 5

Baupflicht

¹ In Bauten ohne Kellergeschosse sind Schutzräume zu erstellen, sofern die Bauten nachts bewohnt werden.

² Ferienhäuser sind Wohnhäusern gleichgestellt.

³ Das Amt entscheidet über Ausnahmen.

Art. 6

Ausnahmen
von der
Schutzraum-
baupflicht

Ein Schutzraum braucht nicht erstellt zu werden

a) in freistehenden Gebäuden, wenn weniger als fünf Schutzplätze zu bauen wären;

b) in Gebäuden, welche in der Regel jedenfalls 1,5 km Wegstrecke von der nächstgelegenen Bauzone entfernt sind und über keine Betten verfügen; in diesem Fall ist kein Ersatzbeitrag zu leisten.

Art. 7

Bau-
bewilligung

Die Gemeinde darf die Baubewilligung für ein Bauvorhaben erst erteilen, wenn das Amt vorgängig

a) ein Schutzraumprojekt oder

b) ein Ersatzbeitragsgesuch genehmigt oder

c) die Befreiung von der Schutzraumbaupflicht bestätigt.

Art. 8

Verwendung
von Ersatz-
beiträgen

Gemeinden, welche bei Entscheiden über die Erstellung, Erneuerung und Ausrüstung von gemeinsamen öffentlichen Schutzbauten nicht mitwirken konnten, können zur ganzen oder teilweisen Deckung ihrer Kosten Ersatzbeiträge verwenden.

IV. Schlussbestimmungen

Art. 9

Aufhebung
bisherigen
Rechts

Die regierungsrätlichen Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über die Katastrophenhilfe vom 18. Dezember 1989 werden aufgehoben.

Art. 10

In-Kraft-
Treten

Diese Ausführungsbestimmungen treten gleichzeitig mit der Teilrevision des Gesetzes über die Katastrophenhilfe in Kraft¹⁾.

Namens der Regierung
Der Präsident: *Peter Aliesch*
Der Kanzleidirektor: *Claudio Riesen*

¹⁾ 1. Januar 2001